

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/282922/Streit-um-Bremens-Verkehr-eskaliert.html>

Handelskammer legt Forderungskatalog vor - 08.12.2010

Streit um Bremens Verkehr eskaliert

Von Annemarie Struss-v.Poellnitz

Bremen. Die Handelskammer hat eine Resolution mit einem umfangreichen Forderungskatalog zur Bremer Verkehrspolitik vorgelegt. Der Unmut der Wirtschaftsvertreter richtet sich vor allem gegen den grünen Verkehrssenator Reinhard Loske.



© Frank-Thomas Koch

Die Handelskammer fordert ein Umdenken in der bremischen Verkehrspolitik.

Der Forderungskatalog der Handelskammer war vom Plenum einstimmig verabschiedet worden. Überlegungen zu einer City-Maut oder Verkehrsbeschränkungen auf Zufahrtsstraßen schädigen den Standort und gefährden Arbeitsplätze, so die Handelskammer.





Fotostrecke: Gefährliche Verkehrsknotenpunkte in Bremen

"Uns Unternehmern fehlt das Verständnis für diese Verkehrspolitik", sagt Handelskammer-Präsident Otto Lamotte im Interview mit dieser Zeitung. Die Kritik richtet sich zwar im Wesentlichen gegen den Verkehrssenator, Lamotte vermisst aber auch klare Worte von Seiten des Senats. "Wir erwarten zu den konkreten Aussagen unserer Resolution vom Senat jetzt auch eine eindeutige Stellungnahme. Wenn diese nicht kommt, müssen wir davon ausgehen, dass sich die Ansicht des Verkehrssenators mit der Haltung des gesamten Senats deckt", so Lamotte.

"Verkehrspolitik aus einem Guss"

In ihrer Resolution fordert die Handelskammer eine "Verkehrspolitik aus einem Guss". Bremen als Oberzentrum im Nordwesten, als Deutschlands siebtgrößter Industriestandort und bedeutende Logistikkreuzung für Nordwesteuropa, brauche eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur.

Das verarbeitende Gewerbe mit 47000 Beschäftigten, der Groß- und Einzelhandel mit 40000 und die Hafen- und Logistikwirtschaft mit 20000 Arbeitsplätzen seien das volks- und regionalwirtschaftliche Fundament des Landes Bremen. Dessen Zukunft müsse auch angesichts des weiter stark wachsenden Güterverkehrs gesichert sein, fordert die Kammer. "Limitierende Verkehrsmaßnahmen und der simple Rückbau vorhandener Infrastrukturen werden diesem Anspruch nicht gerecht", heißt es in der Resolution - eine Kritik, die sich gegen die Ampelregelung und Tempo 50 auf der Kurfürstenallee sowie das Parken im Concordiatunnel richtet.

Seit Jahren habe man vom Verkehrsressort einen Masterplan gefordert, der die Interessen der Wirtschaft angemessen berücksichtige, sagt Präsident Lamotte. Bisher vergeblich. Deshalb lege die Kammer jetzt in ihrer Resolution einen umfangreichen Forderungskatalog vor, mit dem die Politik zum Handeln aufgefordert werde.

Häfen spielen zentrale Rolle

Eine zentrale Rolle nehmen darin die Häfen und deren Anbindung ein. Gefordert werden unter anderem die Offenhaltung der Häfen für alle Güter, einschließlich der Brennstäbe aus Atomkraftwerken, die Beteiligung Bremens mit 1,5 Millionen Euro

an den Planungskosten der Y-Trasse sowie eine schnelle Lösung für den Ringschluss der A281 entsprechend den Auflagen des Bundesverwaltungsgerichts.

Um den Bremer Hauptbahnhof und auch die von Lärm geplagten Anwohner zu entlasten, soll in einer Machbarkeitsstudie geprüft werden, ob eine Bahnumgehung für den Güterverkehr möglich ist. Gefordert wird außerdem eine bessere Anbindung des Flughafens und des Gewerbegebiets Airport an das Stadt- und Fernstraßennetz sowie die Ausweitung der Start- und Landekapazitäten. Zur Lenkung von Verkehrsströmen solle verstärkt moderne Technologie eingesetzt werden.

Nicht nur Forderungen

Handelskammer-Präses Lamotte betont, es gehe nicht um einen reinen Forderungskatalog. Man wolle gemeinsam mit der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte für eine zukunftsfähige Mobilität entwickeln, in denen alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden. So finden sich in dem Papier auch Vorschläge zur Förderung von Car-Sharing, zum Ausbau von Tempo 30 in Wohnstraßen, zum Bau weiterer sicherer Fahrradstellplätze in der Innenstadt und zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs einschließlich eines Weser-Shuttles. Für Fahrzeuge mit hohen Umweltstandards sollen Anreizsysteme geschaffen werden.

Die Resolution kommt vermutlich nicht ganz zufällig gerade rechtzeitig zur heißen Phase des Wahlkampfs. Die Forderungen seien auch Teil der Wahlprüfsteine der Kammer, so Lamotte. Zudem wolle man zum Thema Verkehr langfristige Initiativen entwickeln. Man sei natürlich auch zu Gesprächen mit Verkehrssenator Loske bereit. "Wir fordern ihn immer wieder auf, mit uns in den Dialog zu treten. Aber wir vermissen bei ihm vielfach das grundsätzliche Verständnis für die Positionen der Wirtschaft", so Lamotte.